DER LANDRAT

Geschäftsbereich: 40	DRUCKSACHE	
Az.: 41-38-00	Ifd. Nr.	Jahr
Datum: 19.02.2019	32	2020

Vorlage

an (zutreffenden Ausschuss einsetzen und ankreuzen)	Sitzungstag	Zutreffendes ankreuzen ☑				
		öffent- lich	nicht- öffentlich	Beschlussvorschlag		
				ange- nommen	abgelehnt	geändert
☐		☐	☐			
☐		☐	☐			
☒ Kreisausschuss	06.03.2020		☒			
☒ Kreistag	18.03.2020	☒	☐			
☒ Die Ziele der UN-Behindertenrechtskonvention wurden berücksichtigt:	☐ ja ☐ nein ☒ entfällt					

Verantwortlichkeit (Ordnungsziffer der Org.-einheit/Sichtvermerk):			Geschäftsbereich 40 zur Beschlussausführung. (Handzeichen)
Gefertigt: 40	Beteiligt:	Landrat gez. Radeck	

Betreff:
Gesellschaftsvertrag paläon gGmbH

Beschlussvorschlag:
Dem Gesellschaftsvertrag der paläon gGmbH wird zugestimmt.

Vorlage (Fortsetzungsblatt)	DRUCKSACHE	
	lfd. Nr. 32	Jahr 2020

Sachdarstellung, Begründung, ggf. finanzielle Auswirkungen:

5 Durch die Neuausrichtung der ehemaligen paläon GmbH hin zur paläon gGmbH ist es erforderlich, den bestehenden Gesellschaftsvertrag mit der paläon GmbH in wichtigen Elementen zu verändern. Die Geschäftsführung hat dazu vorgeschlagen, den Gesellschaftsvertrag neu zu entwerfen.

10 Die vorgelegte Version des Gesellschaftsvertrages ist mit dem Finanzamt Braunschweig bereits mündlich abgestimmt. Einen endgültigen Bescheid wird man erst erhalten, wenn nach notarieller Beglaubigung und Anmeldung zum Handelsregister der Vertrag schriftlich vorliegt.

15 Änderungen ergeben sich insbesondere in §3 des Gesellschaftsvertrages. Hier sind die Absätze 2 und 3 angepasst worden, um der paläon gGmbH zukünftig weitere Handlungsfelder eröffnen zu können. Bezüglich des § 7, der sich mit der Gesellschafterversammlung befasst, wurde die Ladungsfrist von zwei auf vier Wochen für die Einberufung der Gesellschafterversammlung erhöht.

20 Der § 14 des Gesellschaftsvertrages befasst sich mit einer möglichen Kündigung, was erforderlich wäre für den Fall, dass der Landkreis Helmstedt als Mitgesellschafter in der paläon gGmbH ausscheiden wollte. Hier ist eine Kündigung frühestens zum 31.12.2021 möglich, dieses mit einer Frist von sechs Monaten jeweils zum Ende des Kalenderjahres.

25 Es kann im Rahmen von eventuell weiteren Verhandlungen noch zu redaktionellen Änderungen kleinerer Art kommen. Ebenso sind die Verhandlungen mit dem NLD bezüglich der Namensrechte noch nicht final abgestimmt. Hier könnte es eine Veränderung hin zum „Kulturwerk Schöningen gGmbH“ geben. Da diese Änderungen ohne Relevanz für die inhaltliche Ausgestaltung des Gesellschaftsvertrags sind, kann dies allein durch den Landrat beschlossen werden, ohne das die politischen Gremien erneut beteiligt werden müssen.

30

Der neue Gesellschaftsvertrag ist als Anlage beigefügt.

35

Anlage

Gesellschaftsvertrag

der

paläon gGmbH

bzw.

Kulturwerk Schöningen gGmbH mit Sitz in Schöningen

Inhaltsverzeichnis

	Seite
§ 1 Firma und Sitz der Gesellschaft	3
§ 2 Dauer der Gesellschaft, Geschäftsjahr	3
§ 3 Gegenstand des Unternehmens	3
§ 4 Steuerbegünstigte Zwecke	4
§ 5 Stammkapital, Stammeinlagen	4
§ 6 Organe der Gesellschaft	5
§ 7 Gesellschafterversammlung	5
§ 8 Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft	8
§ 9 Wirtschaftsplan	9
§ 10 Verfügungen über Geschäftsanteile	9
§ 11 Jahresabschluss, Lagebericht	10
§ 12 Prüfung	11
§ 13 Einziehung von Geschäftsanteilen	12
§ 14 Kündigung	13
§ 15 Abfindung bei Ausscheiden	15
§ 16 Auflösung der Gesellschaft	15
§ 17 Bekanntmachungen	15
§ 18 Gründungsaufwand	16
§ 19 Salvatorische Klausel	16

§ 1

Firma und Sitz der Gesellschaft

(1)

Die Gesellschaft führt die Firma

Kulturwerk Schöningen gGmbH.

(2)

Die Gesellschaft hat ihren Sitz in Schöningen.

§ 2

Dauer der Gesellschaft, Geschäftsjahr

(1)

Die Gesellschaft ist auf unbestimmte Zeit errichtet.

(2)

Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr.

(3)

Die gGmbH ist politisch, ethnisch und konfessionell neutral.

§ 3

Gegenstand des Unternehmens

(1)

Die Kulturwerk Schöningen gGmbH verfolgt ausschließlich und unmittelbar - gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke "der Abgabenordnung.

(2)

Zweck der Gesellschaft ist die Förderung von Wissenschaft und Forschung, Volks- und Berufsbildung, Kunst und Kultur, Förderung des Naturschutzes und der Landschaftspflege, insbesondere unter Berücksichtigung des erforderlichen Strukturwandels in der Region.

(3)

Der Gesellschaftszweck wird durch die Durchführung von wissenschaftlichen Veranstaltungen (Vorträge von Wissenschaftlern, Vorträge vor Schulklassen, Tagungen zum Austausch von Forschungsergebnissen) und Forschungsvorhaben, durch die Durchführung von musealen, kulturellen und künstlerischen Ausstellungen und Veranstaltungen verwirklicht. Hierbei kann die Gesellschaft Kooperationen zur Verwirklichung ihrer Ziele eingehen.

Der Satzungszweck kann auch verwirklicht werden durch die Beschaffung von Mitteln für die Förderung dieser Zwecke durch eine andere steuerbegünstigte Körperschaft oder eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Der Satzungszweck wird weiterhin verwirklicht durch die Renaturierung des Tagebaus Helmstedter Revier. Des Weiteren werden Maßnahmen zur Erhaltung und Pflege der natürlichen Flora und Fauna im Landkreis Helmstedt und Umgebung geplant und unterstützt.

(4)

Die Gesellschaft ist zu allen Geschäften und Maßnahmen berechtigt, die geeignet sind, den Gesellschaftszweck unmittelbar oder mittelbar zu fördern. Sie kann sich zur Erfüllung ihrer Aufgaben Dritter bedienen und sich an anderen steuerbegünstigten Unternehmen, die den Gesellschaftszweck fördern, beteiligen.

§ 4

Steuerbegünstigte Zwecke

(1)

Die Gesellschaft ist selbstlos tätig, sie verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.

(2)

Mittel der Gesellschaft dürfen nur für die satzungsgemäßen Zwecke verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft.

(3)

Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck der Gesellschaft fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.

(4)

Die Gesellschafter dürfen keine Gewinnanteile oder sonstigen Zuwendungen aus Mitteln der Gesellschaft erhalten.

(5)

Ehrenamtlich tätige Personen haben nur Anspruch auf Ersatz nachgewiesener Aufwendungen.

(6)

Die Gesellschafter erhalten bei ihrem Ausscheiden oder bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall der steuerbegünstigten Zwecke nicht mehr als ihre eingezahlten Kapitalanteile und den gemeinen Wert ihrer geleisteten Sacheinlagen zurück.

§ 5

Stammkapital, Stammeinlagen

Das Stammkapital der Gesellschaft beträgt 100.000,00 €.

§ 6

Organe der Gesellschaft

Die Gesellschaft hat folgende Organe:

- Gesellschafterversammlung
- Geschäftsführung

§ 7

Gesellschafterversammlung

(1)

1.1

Die Gesellschafterversammlung beschließt in den nach dem Gesetz und den in diesem Gesellschaftsvertrag ihr zugewiesenen Angelegenheiten, soweit nicht nach diesem Gesellschaftsvertrag die Zuständigkeit eines anderen Organs begründet ist.

1.2

Die Gesellschafterversammlung beschließt insbesondere über

- 1.2.1 die Feststellung des Jahresabschlusses,
- 1.2.2 die Verwendung eines etwaigen Jahresüberschusses,
- 1.2.3 die Wahl des Abschlussprüfers,
- 1.2.4 die Änderung des Gesellschaftsvertrages,
- 1.2.5 die Auflösung der Gesellschaft,
- 1.2.6 den Erwerb und die Veräußerung von Anteilen oder Mitgliedschaften an Unternehmen oder Verbänden,
- 1.2.7 die Zustimmung zur Verfügung über Geschäftsanteile oder Teile davon,
- 1.2. 8 den Abschluss von Unternehmensverträgen im Sinne der §§ 291 ff. Aktiengesetz,
- 1.2.9 die Bestellung und Abberufung sowie den Abschluss, die Änderung oder Beendigung von Anstellungsverträgen der Geschäftsführer. Bei Abschluss, Änderung oder Beendigung von Anstellungsverträgen der Geschäftsführer wird die Gesellschaft durch die Gesellschafterversammlung vertreten. Die Gesellschafterversammlung kann in diesen Fällen einen oder mehrere Gesellschafter zur Vertretung bevollmächtigen.

(2)

2.1

Die ordentliche Gesellschafterversammlung, die insbesondere über die Feststellung des Jahresabschlusses und die Ergebnisverwendung beschließt, findet statt spätestens bis zum Ende des 8. Monats nach Abschluss des Geschäftsjahres bzw. solange es sich um eine kleine Gesellschaft im Sinne des § 267 Abs. 1 HGB handelt, spätestens bis zum Ende des 11. Monats nach Abschluss des Geschäftsjahres. Darüber hinaus ist eine Gesellschaftsversammlung einzuberufen, wenn es das dringende Interesse der Gesellschaft erfordert oder ein Gesellschafter es gemäß § 50 Abs. 1 GmbHG verlangt.

2.2

Die Gesellschafterversammlung wird von der Geschäftsführung, mittels eingeschriebenen Briefes oder mittels gesicherter elektronischer Datenübermittlung unter Mitteilung der Tagesordnung mit einer Frist von zwei Wochen einberufen.

2.3

Die Gesellschafterversammlung wählt an ihrer Stelle einen Leiter der Gesellschafterversammlung.

2.4

Die Geschäftsführung nimmt an der Gesellschafterversammlung ohne Stimmrecht teil.

(3)

3.1

Die Gesellschafterversammlung ist nur beschlussfähig, wenn zwei Drittel des gesamten Stammkapitals vertreten sind. Ist dies nicht der Fall, wird in der Form gemäß Ziffer 2.2 mit einer Frist von mindestens einer Woche eine neue Gesellschafterversammlung mit gleicher Tagesordnung einberufen. Sie ist ohne Rücksicht auf die Höhe des vertretenen Stammkapitals beschlussfähig. In der Einberufung ist darauf hinzuweisen.

3.2

Gesellschafterbeschlüsse werden mit 2/3-Mehrheit der abgegebenen Stimmen gefasst, soweit nicht Gesetz oder Gesellschaftsvertrag etwas anderes vorsehen. Je € 1,00 eines Geschäftsanteils gewähren eine Stimme.

Gesellschafterbeschlüsse können auch im Umlaufverfahren gefasst werden, wenn sich alle Gesellschafter an der Beschlussfassung beteiligen und kein Gesellschafter dem Verfahren widerspricht. Beschlussfassungen teilweise in Präsenzversammlungen und teilweise im Umlaufverfahren sind zulässig, sofern kein Gesellschafter diesem Verfahren widerspricht.

3.3

Über die Beschlüsse der Gesellschafterversammlung ist eine Niederschrift anzufertigen, die von dem Versammlungsleiter und dem von ihm bestimmten Protokollführer zu unterzeichnen und jedem Gesellschafter unverzüglich zuzusenden ist. Die Versendung erfolgt mit einfachem Brief.

3.4

Beschlüsse der Gesellschafterversammlung können nur binnen einer Frist von zwei Monaten ab Versendung der Niederschrift durch Klage an das Landgericht Braunschweig angefochten werden.

§ 8

Geschäftsführung und Vertretung der Gesellschaft

(1)

Die Gesellschaft hat einen oder mehrere Geschäftsführer/innen. Hat sie nur eine/n Geschäftsführer/in, so vertritt er/sie die Gesellschaft allein.

(2)

Sind mehrere Geschäftsführer/innen bestellt, wird die Gesellschaft durch zwei Geschäftsführer/innen oder durch eine/n Geschäftsführer/innen gemeinsam mit einem Prokuristen/einer Prokuristin vertreten. Die Gesellschafterversammlung kann bei Vorhandensein mehrerer Geschäftsführer einem oder mehreren von ihnen Einzelvertretungsbefugnis erteilen.

(3)

Die Gesellschafterversammlung kann - unter Befreiung von den Beschränkungen des § 181 BGB - Geschäftsführern den Abschluss von Rechtsgeschäften mit sich selbst oder als Vertreter eines Dritten gestatten.

(4)

Die Geschäftsführung ist verpflichtet, die Geschäfte der Gesellschaft in Übereinstimmung mit den Gesetzen, diesem Gesellschaftsvertrag, der Geschäftsordnung sowie den Beschlüssen der Gesellschafterversammlung zu führen.

(5)

Die Geschäftsführung ist verpflichtet, die Gesellschafter rechtzeitig zu unterrichten, wenn sich die Gesellschaft an anderen Unternehmen, Einrichtungen oder Vereinigungen in einer Rechtsform des privaten Rechts beteiligen will.

(6)

Die Gesellschafterversammlung gibt der Geschäftsführung eine Geschäftsordnung.

§ 9

Wirtschaftsplan

(1)

Die Geschäftsführung stellt für jedes Geschäftsjahr einen Wirtschaftsplan (Erfolgs-, Investitions- und Finanzplan) und die erforderlichen Nachträge auf. Dem Wirtschaftsplan ist ein Personalplan beizufügen.

(2)

Der Wirtschaftsplan für das kommende Jahr ist spätestens zwei Monate vor seinem Beginn der Gesellschafterversammlung zur Beschlussfassung vorzulegen. Eventuelle Nachträge sind zur Beschlussfassung rechtzeitig vorzulegen.

(3)

Neben dem Wirtschaftsplan ist von der Geschäftsführung eine Mittelfristplanung zu erstellen und der Gesellschafterversammlung zur Kenntnis zu geben. Sie ist die Grundlage der Wirtschaftsplanung.

§ 10

Verfügungen über Geschäftsanteile, Vorkaufsrecht

(1)

Die Verfügungen über Geschäftsanteile oder Teile davon sowie die Begründung von Treuhandverhältnissen oder Unterbeteiligungen an Geschäftsanteilen oder Teilen davon ist nur mit Zustimmung der Gesellschafterversammlung zulässig.

(2)

Eine Zustimmung zu Verfügungen über Geschäftsanteile der Gesellschafter innerhalb ihrer Unternehmensgruppe, das heißt verbundene Unternehmen im Sinne der §§ 15 ff. Aktiengesetz und/oder Unternehmen, an denen die Gesellschafter mit mehr als 50 % beteiligt sind, ist nicht erforderlich.

(3)

Vorstehende Absätze gelten ebenso für die Einräumung von Unterbeteiligungsverhältnissen und den Abschluss von Vereinbarungen, kraft derer

sich ein Gesellschafter verpflichtet, seinen Geschäftsanteil als Treuhänder für Dritte zu halten.

(4)

Soweit Verfügungen über Geschäftsanteile oder Verfügungen wirtschaftlich gleichstehende Vorgänge wie Tausch, Schenkung oder die im vorstehenden Satz beschriebenen Vorgänge der Zustimmung der Gesellschafterversammlung bedürfen, haben die übrigen Gesellschafter im Verhältnis ihrer Beteiligungen untereinander für den Verkaufsfall ein Vorkaufsrecht. Ist eine Gegenleistung nicht vereinbart, so entspricht der durch den Vorkaufsberechtigten zu zahlende Kaufpreis dem Nennwert (im Sinne von § 17 dieses Gesellschaftsvertrages) der den Gegenstand des Vorkaufsrechts bildenden Beteiligung. Die Vorkaufsrechte der übrigen Gesellschafter können nur für den bzw. die den Gegenstand des Vorkaufsrechts bildenden Geschäftsanteils insgesamt ausgeübt werden. Üben also nicht alle Gesellschafter ihr Vorkaufsrecht aus, so wächst deren anteiliges Vorkaufsrecht dem bzw. den ihr Vorkaufsrecht ausübenden Gesellschaftern im Verhältnis der von ihnen gehaltenen Beteiligungen untereinander zu. Der oder die ihr Vorkaufsrecht ausübenden Gesellschafter haben demgemäß den bzw. die gesamten, den Gegenstand des Vorkaufsrechts bildenden Geschäftsanteile zu erwerben. Die den Gegenstand des Vorkaufsrechts bildenden Geschäftsanteile werden bei Ausübung des Vorkaufsrechts aufschiebend bedingt durch die vollständige Zahlung des Kaufpreises übertragen. Eine Aufrechnung gegen die Kaufpreise ist nur mit in Textform anerkannten oder rechtskräftig festgestellten Ansprüchen zulässig. Kommt ein sein Vorkaufsrecht ausübender Gesellschafter mit der Zahlung des geschuldeten Kaufpreises oder eines Teiles davon in Verzug, so ist der veräußernde Gesellschafter hinsichtlich aller Gesellschafter, die ihr Vorkaufsrecht ausgeübt haben, zum Rücktritt vom Kaufvertrag berechtigt und sodann berechtigt, den Geschäftsanteil ohne Zustimmung der Gesellschafterversammlung an den im Kaufvertrag genannten Dritten zu verkaufen. Die Tragung der Kosten der Beurkundung des Kaufvertrages richtet sich nach der in dem das Vorkaufsrecht auslösenden Kaufvertrag enthaltenen Kostentragungsregelung.

§ 11

Jahresabschluss, Lagebericht

(1)

Die Geschäftsführung hat innerhalb der gesetzlichen Fristen den Jahresabschluss (Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung, Anhang) sowie den Lagebericht aufzustellen und unverzüglich danach dem gewählten Abschlussprüfer zur Prüfung vorzulegen.

(2)

Im Lagebericht oder im Zusammenhang damit ist zur Einhaltung der öffentlichen Zwecksetzung und zur Zweckerreichung Stellung zu nehmen (§ 136 Abs. 1 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz).

(3)

Die Geschäftsführung ist verpflichtet, den Jahresabschluss und den Prüfungsbericht der Abschlussprüfer/innen den Gesellschaftern unverzüglich nach Eingang zu übersenden.

(4)

Das Beteiligungsmanagement nach § 150 Niedersächsisches Kommunalverfassungsgesetz wird sichergestellt.

§ 12 Prüfung

Der Jahresabschluss und der Lagebericht sind entsprechend §§ 316 ff. HGB zu prüfen. Bei der Erstellung des Prüfungsberichtes sind die nach § 53 Haushaltsgrundsätze-gesetz vorgesehenen Prüfungsfeststellungen zu treffen, soweit diese wegen gesetzlicher Vorgaben zu beachten sind.

§ 13

Einziehung von Geschäftsanteilen

(1)

Ein Geschäftsanteil kann mit Zustimmung des betroffenen Gesellschafters jederzeit eingezogen werden.

(2)

Ohne Zustimmung ist die Einziehung des Geschäftsanteils eines Gesellschafters zulässig, wenn:

- a) über sein Vermögen ein Insolvenzverfahren eröffnet oder wenn die Eröffnung eines solchen Verfahrens mangels Masse abgelehnt wurde, oder - im Vorfeld eines Verbraucherinsolvenzverfahrens im Sinne der §§ 304 ff InsO - eine außergerichtliche Schuldenbereinigung zwischen dem Gesellschafter und seinen Gläubigern im Sinne von § 305 Abs. 1 Nr. 1 InsO gescheitert ist, das heißt der Schuldner einen Insolvenzantrag stellt oder ein Gläubiger des Schuldners nach Verhandlungsbeginn die Zwangsvollstreckung beginnt;
- b) der Gläubiger eines Gesellschafters dessen Geschäftsanteil pfändet oder sonst wie in den Geschäftsanteil vollstreckt wird und die Pfändung bzw. die Vollstreckungsmaßnahme nicht binnen einer Frist von vier Wochen, spätestens bis zur Verwertung des Geschäftsanteils, wieder aufgehoben wird;
- c) ein Gesellschafter sich eines so schweren Verstoßes gegen Gesellschaftspflichten schuldig gemacht hat, dass den übrigen Gesellschaftern die Fortsetzung der Gesellschaft nicht mehr zugemutet werden kann;

(3)

Anstelle der Einziehung kann die Gesellschafterversammlung verlangen, dass der betroffene Gesellschafter seinen Geschäftsanteil an die Gesellschaft selbst, einen oder mehrere Gesellschafter oder an einen von der Gesellschaft zu benennenden Dritten abzutreten hat, sofern die Zahlung des Kaufpreises garantiert ist.

(4)

Jeder Gesellschafter, dessen Geschäftsanteile eingezogen werden sollen, bevollmächtigt hiermit bereits unwiderruflich jeden jeweiligen Geschäftsführer der Gesellschaft, die Abtretung der zur Einziehung anstehenden Geschäftsanteile an den von der Gesellschafterversammlung benannten Erwerber zu erklären.

(5)

Die Einziehung des Geschäftsanteils ist nur innerhalb von drei Monaten nach Kenntnis eines jeden Gesellschafters von den die Einziehung begründenden Tatsachen zulässig.

(6)

Bei der Beschlussfassung über die Einziehung oder den Erwerb des oder der Geschäftsanteile ist der betroffene Gesellschafter von seinem Stimmrecht ausgeschlossen.

(7)

Ist bis zur Auszahlung der Abfindung das Insolvenzverfahren oder die Zwangsvollstreckungsmaßnahme aufgehoben, so ist auf Verlangen des betroffenen Gesellschafters der gefasste Beschluss über die Einziehung oder das Abtretungsverlangen aufzuheben, wenn der betroffene Gesellschafter der Gesellschaft oder den Gesellschaftern oder Dritten, die den oder die Geschäftsanteile erworben haben, ein etwaig ausbezahltes Entgelt bereits vollständig zurück gezahlt hat.

§ 14

Kündigung

(1)

Die Gesellschaft wird auf unbestimmte Zeit eingegangen.

(2)

Ein Gesellschafter kann die Gesellschaft mit einer Frist von sechs Monaten jeweils zum Ende eines Kalenderjahres kündigen, frühestens jedoch zum 31.12.2021. Die Kündigung hat nicht die Auflösung der Gesellschaft, sondern das Ausscheiden des kündigenden Gesellschafters zur Folge. Der ausscheidende Gesellschafter ist verpflichtet, nach Wahl der Gesellschaft seinen Geschäftsanteil - ganz oder geteilt - an die Gesellschaft selbst, einen oder mehrere Gesellschafter - im Verhältnis der bestehenden Anteile - oder an einen von der Gesellschaft zu benennenden Dritten

abzutreten, sofern die Gesellschaft die Zahlung des Kaufpreises garantiert. Im Falle der Weigerung zur Geschäftsanteilsabtretung hat der ausscheidende Gesellschafter die Einziehung seines Geschäftsanteils zu dulden.

(3)

Die Kündigung ist durch eingeschriebenen Brief an die Gesellschaft und die Gesellschafter an die der Gesellschaft zuletzt schriftlich bekannt gegebene Adresse zu erklären.

(4)

Gläubiger eines Gesellschafters können zu ihrer Befriedigung das Kündigungsrecht des Gesellschafters an dessen Stelle ausüben, wenn

- der Schuldtitel endgültig vollstreckbar ist;
- innerhalb der letzten sechs Monate eine Zwangsvollstreckung in das Vermögen des Gesellschafters fruchtlos versucht wurde

und

- die Pfändung und Überweisung des dem Gesellschafter im Falle der Auseinandersetzung mit der Gesellschaft zustehenden Guthabens erwirkt wurde.

(5)

Der Kündigung des betreibenden Gläubigers muss eine beglaubigte Abschrift des Schuldtitels und der Urkunde über die fruchtlose Zwangsvollstreckung beigelegt sein.

(6)

Jeder der übrigen Gesellschafter ist berechtigt, innerhalb einer Frist von einem Monat nach Erhalt der Kündigungserklärung die Anschlusskündigung zu erklären. Anschlusskündigungen werden mit Ablauf der Kündigungsfrist der der Anschlusskündigung vorhergehenden Kündigung wirksam.

§ 15

Abfindung bei Ausscheiden

(1)

Ein Gesellschafter, der seinen Geschäftsanteil an die Gesellschaft selbst, einen oder mehrere andere Gesellschafter oder an einen von der Gesellschaft zu benennenden Dritten abzutreten hat, der eine Geschäftsanteilsübernahme verlangen kann oder dessen Geschäftsanteil eingezogen wird, erhält hierfür eine Abfindung. Deren Höhe entspricht dem Verkehrswert, höchstens jedoch dem Wert der eingezahlten Kapitaleinlagen (Nennwert).

Vor jeder Abfindungsregelung im vorgenannten Sinn ist das ausdrückliche Einvernehmen des zuständigen Finanzamts herbeizuführen, insbesondere für den Fall, dass die Gesellschaft selbst ausscheidende Gesellschafter abzufinden hat.

(2)

Die Abfindung ist in sechs gleichen halbjährlichen Raten, von denen die Erste ein halbes Jahr nach dem Tag des Ausscheidens fällig ist, auszuführen. Die Abfindung ist mit 4 % p. a. zu verzinsen. Die aufgelaufenen Zinsen sind mit den jeweiligen Raten auszuführen. Vorzeitige Tilgung ist jederzeit zulässig.

§ 16

Auflösung der Gesellschaft

Bei Auflösung der Gesellschaft oder bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke fällt das Vermögen der Gesellschaft soweit es die eingezahlten Kapitalanteile der Gesellschafter und den gemeinen Wert der von den Gesellschaftern geleisteten Sacheinlagen übersteigt an die Stadt Schöningen, die es unmittelbar und ausschließlich für gemeinnützige oder mildtätige Zwecke zu verwenden hat.

§ 17

Bekanntmachungen

Bekanntmachungen der Gesellschaft erfolgen nur im Bundesanzeiger.

§ 18

Gründungsaufwand

Die Gründungskosten bis zu einer Höhe von € 3.500,00 trägt die Gesellschaft.

§ 19

Salvatorische Klausel

(1)

Soweit dieser Gesellschaftsvertrag nichts anderes bestimmt, gelten die gesetzlichen Bestimmungen in ihrer jeweiligen Fassung. Die Zustellung von Schriftstücken wird jeweils an die letzte der Gesellschaft angegebene Adresse der Gesellschafter vorgenommen.

(2)

Sollte eine Bestimmung dieses Vertrages unwirksam sein oder werden, so bleibt die Wirksamkeit der übrigen Bestimmungen davon unberührt. Dasselbe gilt, soweit dieser Vertrag eine Lücke ausweist. Die Gesellschafter verpflichten sich, anstelle der unwirksamen Bestimmungen oder zur Ausfüllung einer Lücke eine angemessene Regelung zu treffen, die im Rahmen des rechtlich Zulässigen dem Sinn und Zweck dieses Vertrages am nächsten kommt.